

Beschlussprotokoll vom 23.01.2025

Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND, KULTUR, GESUNDHEIT, INNERES, SICHERHEIT“ (Beirat Neustadt)

als öffentliche Präsenzsitzung (Nr. 07/23-27) in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valkenburghstraße 1-3, in der Zeit von 18:30 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesend: Anita Ipach, Gabriele Mahro (i.V.), Martina Tallgauer-Bolte, Jens Oppermann (i.V.)

beratend: Lars Köke (BM, DIE PARTEI), Britta Schmidt (BM, FDP), Anke Maurer (BM, BSW), Colin Nolte (BM,BD)

Fehlend: Marlin Meier (e), Udo Schmitz (e), Kai Stürenberg

Referent:innen: Frau Grohnert (Senatskanzlei)

Gäste: Vertreter der Presse sowie interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

- Eingangs berichtet die Sitzungsleitung (SL), dass der sachkundige Bürger und stellvertretende Ausschusssprecher Wolfgang Bielenberg von seiner Tätigkeit im Beirat zurückgetreten ist. Sobald die Partei DIE LINKE einen neuen Kandidaten oder eine Kandidatin hat, wird sie diese/n zur Wahl vorschlagen.
- Zudem ist Tim Kliemann nicht mehr beratendes Mitglied des Ausschusses. Stattdessen ist für DIE PARTEI nun Lars Köke (Beiratsmitglied) beratendes Fachausschussmitglied (FA-Mitglied).

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Die SPD beantragt die Erweiterung der Tagesordnung (TO) des Fachausschusses um den Tagesordnungspunkt (TOP) „Aktuelle Entwicklung der Perspektiven für die Jugendförderung in der Neustadt“ Der Fachausschuss soll über den aktuellen Stand informiert werden und das weitere Vorgehen des Beirats erörtern. Hintergrund ist, dass sich für die Stadt Bremen durch die neue „bedarfsorientierte“ Mittelvergabe eine Mittelkürzung in Höhe von 331.759,52 € ergebe. Das Sozialzentrum Süd habe diese Problematik für die Förderung der Jugendangebote noch nicht im Controllingausschuss thematisiert. Die Ortsamtsleitung (OAL) verweist in diesem Zusammenhang auf die von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration anberaumte Online – Informationsveranstaltung „Bedarfsermittlungsverfahren Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und Folgeprozesse“, welche am 27.01.2025 stattfindet. Darüber hinaus gebe es vonseiten des Ortsamtes keine zu berichtenden Informationen.

Zunächst wird über die Erweiterung der TO um den von der SPD beantragen Tagesordnungspunkt abgestimmt (2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen). Somit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung zur Genehmigung der TO in der vorliegenden Form.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird genehmigt. (3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 14.11.2024 (Nr. 06/23-27)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (2 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 3. Bürger:innenanträge, Fragen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

- Ein Anwohner aus der Erlenstraße bringt seine Besorgnis über die Sicherheit in der südlichen Neustadt zum Ausdruck. Hintergrund sind mehrere bewaffnete Überfälle im Stadtteil, die sich innerhalb der letzten Monate ereigneten. Seinem entsprechenden Aufruf auf der Nachbarschaftsplattform „nebenan.de“ hätten sich seit dem Morgen bereits ca. 100 Menschen angeschlossen. Dies belege, dass es viele Menschen gebe, die seine Sorgen teilten. Insbesondere bei älteren Menschen und Frauen seien durch die Vorkommnisse Unsicherheitsgefühle entstanden, die dafür sorgten, dass viele nach Einbruch der Dunkelheit das Haus nicht mehr oder nur noch unter Angst verließen. Aufgrund der Entwicklungen stellt der Bürger den Antrag, kurzfristig Präventionsmaßnahmen einzuleiten, z.B. durch verstärkten Streifendienst in der Neustadt. Auch sollte vorübergehend wieder eine Polizeistation in der Neustadt eingerichtet und mit Nachdruck an der Aufklärung der Taten gearbeitet werden.
Abschließend wird festgehalten, dass der Beirat sich im Koordinierungsausschuss mit dem Anliegen befasst und der Bürger dann eine Rückmeldung erhält. Hierzu wird er dem Ortsamt seine Kontaktdaten überreichen. Außerdem stellt er in Aussicht, sein Anliegen schriftlich zu formulieren.
- Die Vorsitzende des Schulvereins der WKO äußert ihr Bedauern, dass die Schaffung einer gymnasialen Oberstufe an der WKO nicht Thema der heutigen Sitzung ist. Gemeinsam mit anwesenden Elternvertreterinnen möchte sie dem Wunsch Nachdruck verleihen, dass die Schule eine Oberstufe bekommt. Die FA-Mitglieder sind sich darüber einig, das Anliegen zu unterstützen. Die OAL erklärt, dass eine Befassung mit dem Thema für die kommende FA-Sitzung am 20.03. vorgesehen ist. Maßgeblich für die Tagesordnung sei jedoch immer die eine Woche vor der Sitzung versendete Einladung.

TOP 4. Installation eines Jugendforums in der Neustadt

Frau Grohnert (bei der Senatskanzlei zuständig für Jugendbeteiligung) erörtert anhand einer [Power-Point-Präsentation](#) die Möglichkeiten zur Initiierung und Beteiligung eines Jugendforums in der Neustadt. Für vertiefende Informationen stellt sie eine weitere [Präsentation](#) zur Verfügung.

Abschließend berichtet Frau Grohnert, dass bereits konkretes Interesse von drei bis vier Jugendlichen aus dem Stadtteil bestehe, ein Jugendforum zu gründen und sie daher die Fassung eines entsprechenden Beschlusses empfehle. Anschließend sollte eine Werbekampagne gestartet werden, um möglichst viele Jugendliche für eine Beteiligung zu erreichen. Insbesondere das „itslearning Lernmanagement-System“ biete sich hierfür an, da alle Schülerinnen und Schüler Bremens Zugriff auf diese Plattform haben.

Die OAL greift die Frage aus dem Beirat auf, inwieweit ein Jugendbeteiligungstag eine Möglichkeit darstelle, Jugendliche zu erreichen. Frau Grohnert verweist in diesem Zusammenhang auf Beteiligungstage der OKJA, dies würden jedoch unabhängig von einem Jugendforum durchgeführt werden. Weiter regt sie an, zunächst einen Beschluss zur Gründung eines Jugendforums zu fassen und mit den bereits interessierten Jugendlichen den Auftakt zu machen.

Hinsichtlich kritischer Nachfragen zur praktischen Umsetzbarkeit eines Jugendforums erläutert Frau Grohnert, dass eine enge Begleitung durch Senatskanzlei, Ortsamt und eine externe pädagogische Hilfskraft möglich sei. Zudem stünden den Jugendlichen eigene Gelder zur Verfügung, womit sie unmittelbar etwas bewirken können. Sie empfiehlt dem Beirat, im Beschluss zur Initiierung des Jugendforums Globalmittel für eine externe Begleitung zur Verfügung zu stellen. Die OAL ergänzt, dass vonseiten des OA eine externe Begleitung zu begrüßen sei.

Nach kurzen Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung sowie allgemeine Schwierigkeiten in der Finanzierung der Jugendarbeit, zeigen sich alle Anwesenden darüber einig, dass der Versuch zur Einbeziehung Jugendlicher begrüßenswert sei. Frau Grohnert ergänzt, dass sich bereits viele vorhandene Jugendbeiräte und –foren für eine bessere Finanzierung der Jugendarbeit einsetzen. Abschließend bietet sie an, jederzeit weiter für Detailfragen zur Verfügung zu stehen.

Beschluss: Der Fachausschuss Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit empfiehlt dem Beirat eine Beschlussfassung zur Initiierung eines Jugendforums im Rahmen der Beiratssitzung am 30.01.2025. Details zum vorliegenden Beschlussvorschlag werden zwischen den Fraktionen im Vorfeld der Beiratssitzung abgestimmt. Der Beirat soll bis zu 4.000€ aus seinen Globalmitteln für eine externe Begleitung des Jugendforums zur Verfügung stellen. (einstimmig)

TOP 5. Berichte von Fachausschussmitgliedern und aktuelles aus den Einrichtungen

Ein FA-Mitglied der SPD bekräftigt seine Bedenken zu finanziellen Kürzungen der OKJA, die in der Jugendhilfeausschuss-Vorlage vorgesehen sind. Hauptknackpunkt sei, dass künftig für 100 Jugendliche nur noch eine pädagogische Fachkraft vorgesehen werden solle. Dies könne nicht funktionieren. Es sei skandalös, dass man keine frühzeitige Information über diese dramatische Entwicklung erhalten habe.

Auch die Einrichtungsleitung der Gewitterziegen äußert sich kritisch und verteilt ein Schreiben mit Informationen für die FA-Mitglieder, welches der Vorbereitung auf die oben erwähnte Informationsveranstaltung dienen soll.

TOP 6. Berichte des Amtes

-

TOP 7. Verschiedenes

Ein FA-Mitglied von DIE LINKE berichtet, dass ihr zugetragen worden sei, dass die „Strickleiter-Projekte“ zur sozialpädagogischen Hilfe für Schulverweider:innen gestrichen werden sollen. Hierzu bittet sie um Auskunft und wird dem Ortsamt Hintergrundinformationen zukommen lassen, damit es eine Anfrage an die zuständige Behörde stellen kann.

Udo Schmitz
Ausschussprecher

Uwe Martin
Vorsitz

Fionn Heinemann
Protokoll